

Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg“ (BI)

Pressemitteilung der BI vom 11. Februar 2025 -> Ergebnisse der „Kabinettsbefragung“

Sehr geehrte Damen und Herren Pressevertreter,

die Bürgerinitiative GGLTA (BI) informiert Sie heute über alle bisherigen Reaktionen auf die „Kabinettsbefragung“ vom 5. Dezember 2024.

I. Rückblick – Anfrage mit dem Arbeitstitel „Kabinettsbefragung“

Mit der Aktion „Kabinettsbefragung“ wollte die BI unter anderem erfahren, ob die **in der Landesregierung** tätigen **Landtagsabgeordneten** sowie auch die **Fraktionsvorsitzenden** im Landtag eine Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in ihrem eigenen Wahlkreis befürworten und ob sie / er dafür bereits Standortvorschläge unterbreitet hat.

- ✓ Zu diesem Zweck hatte sich die BI am 5. Dezember 2024 mit inhaltsgleichem Schreiben an **18 Mitglieder** der baden-württembergischen **Landesregierung** gewandt. Aus dem Kreis der gegenwärtig 28¹ Personen umfassenden Landesregierung handelt es sich bei diesen 18 um alle Kabinettsmitglieder, die zugleich ein Landtagsmandat inne haben und in deren Wahlkreis sich zudem keine LEA befindet – siehe Übersichten 1 und 2.
- ✓ Darüber hinaus hatten wir die **5 Fraktionsvorsitzenden** im baden-württembergischen Landtag über unsere Anfrage an die 18 Kabinettsmitglieder informiert und ebenfalls um Beantwortung des Fragenkatalogs gebeten – siehe Übersicht 3.
- ✓ In gleicher Weise hatten wir auch Herrn **Bundesminister Cem Özdemir** angeschrieben (da dieser laut Presseberichterstattung bei der Landtagswahl 2026 für das Mandat im Wahlkreis Stuttgart II sowie für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren wird²) – siehe ebenfalls Übersicht 3.

Am 7. Januar 2025 haben wir alle Adressaten, die uns bis dahin noch keine Antwort hatten zukommen lassen, an unsere Anfrage erinnert und nochmals um Rückmeldung dazu gebeten.

II. Rückmeldungen bis zum 10. Februar 2025

Die BI hat den Adressaten 2 Monate Zeit gelassen, um auf die BI-Anfrage vom 5. Dezember 2024 eine Rückmeldung zu geben. Bis einschließlich 10. Februar 2025 hat die BI den folgenden Rücklauf erhalten:

- Von der Möglichkeit zur **Stellungnahme** Gebrauch gemacht haben die **5 Fraktionsvorsitzenden** im baden-württembergischen Landtag. Seitens der Fraktionsvorsitzenden von **SPD, FDP** und **AfD** erfolgte dabei auch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem **Fragebogen** der BI, während die Fraktionsvorsitzenden von **CDU** und **Grünen** den Fragebogen **nicht** beantwortet haben.
- Ebenfalls **unbeantwortet** blieb der **Fragebogen** bei ausnahmslos **allen 18** angefragten **Kabinettsmitgliedern** (davon 9 von der CDU und 9 von den Grünen). Lediglich **5 Personen** haben auf die Anfrage der BI **geantwortet** (davon 1 Adressat von der CDU und 4 Adressaten von den Grünen) während **13 Mitglieder** der Landesregierung **gar nicht reagiert** haben.
- Auf die Anfrage der BI ebenfalls **gar nicht reagiert** hat Herr **Bundesminister Özdemir**.

¹ <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/mitglieder-der-landesregierung>

² <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.landtagswahl-2026-cem-oezdemir-will-in-stuttgart-auf-stimmenjagd-gehen.e211a1b7-58d2-4e04-8465-06d7d3f6e46a.html>

III. Bewertung durch die BI

Die BI bedankt sich zunächst bei allen angefragten Mandatsträgern, die auf die Anfrage der BI reagiert haben.

Antworten der 5 Fraktionsvorsitzenden

In der Sache sind die von den Fraktionsvorsitzenden insbesondere zum Fragebogen eingegangenen Rückmeldungen an zahlreichen Stellen ebenso interessant wie überraschend. Da die BI seit ihrer Gründung politisch neutral ist, werden wir diese Antworten inhaltlich nicht weiter bewerten. Alle Rückmeldungen sollen vielmehr für sich selbst sprechen. Die BI bedankt sich bei den 5 Fraktionsvorsitzenden für die zum Teil sehr ausführlichen Antworten auf unsere Fragen. Wir anerkennen den großen Aufwand, den sich die Bearbeiter mit der Beantwortung der Anfrage gemacht haben.

Des Weiteren bedankt sich die BI dafür, dass sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Manuel Hagel im Anschluss an seine Rede beim Neujahrsempfang der Stadt Tamm am 17. Januar 2025 für einen persönlichen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern – darunter auch Mitglieder der BI – Zeit genommen hat.³

Antwortverhalten der 18 Kabinettsmitglieder insgesamt

Es gibt wohl kaum einen Landtagsabgeordneten, der nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit betont, gerne für Fragen und den direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung zu stehen. Die BI wollte genau dieses Angebot am 5. Dezember 2024 in 18 Fällen in Anspruch nehmen – und blickt nun auf ein Antwortverhalten, das sich nur als blamablen Umgang mit unserer Anfrage bezeichnen lässt.

Aus Sicht der BI ist bemerkenswert, dass der Fragebogen der BI in ausnahmslos allen Fällen unbeantwortet geblieben ist und sich demzufolge kein einziges Mitglied der Landesregierung zur Sache erklären möchte. Gerade bei diesen 18 Mandatsträgern handelt es sich aber um Personen, die derzeit in besonders herausgehobener Position für das Land Baden-Württemberg Verantwortung tragen. Nach Meinung der BI dürfen die Bürgerinnen und Bürger von den Mitgliedern der Landesregierung im Besonderen erwarten, dass diese gegenüber der interessierten Öffentlichkeit zu ihrer Politik Rede und Antwort stehen – zumal wir die Kabinettsmitglieder auch individuell in deren Eigenschaft als Mandatsträger angefragt hatten. Leider hat keine der insgesamt 18 Personen hier die Courage gezeigt, sich mit Blick auf den eigenen Wahlkreis inhaltlich zu den von der BI gestellten Fragen zu äußern.

Die BI hat dafür kein Verständnis. Dieses **mutlose** Antwortverhalten ist aus Sicht der BI auch deshalb bemerkenswert, weil sich die Landesregierung ja sonst in Sachen Erstaufnahmeeinrichtungen reichlich **mutig** zeigt:

- **Mutig** wenn es zum Beispiel darum geht, am Konzept der LEAen mit 1.000 bis 2.000 Personen Regelkapazität weiter festzuhalten, obwohl das Bundeskriminalamt die hohe Personenanzahl in Erstaufnahmeeinrichtungen ausdrücklich als eine Ursache für die steigende Kriminalität benennt:

„Die Kriminalitätsforscherinnen und -forscher des BKA haben [...] zentrale Faktoren für den Anstieg der Fall- und Tatverdächtigenzahlen identifiziert [...]. Migration [...] Es ist davon auszugehen, dass viele Schutzsuchende mehrere Risikofaktoren für verschiedene Deliktsbereiche aufweisen. Dazu gehören die Lebenssituation in Erstaufnahmeeinrichtungen sowie wirtschaftliche Unsicherheit und Gewalterfahrungen. Bei der Gewaltkriminalität zeigt vor allem die Migrationsdynamik [...] und weniger die Nettomigration [...] einen Zusammenhang mit dem Kriminalitätsgeschehen. Dies legt nahe, dass die Anstiege von Kriminalität (besonders bei nichtdeutschen Tatverdächtigen) mit den besonderen Bedingungen, die mit dem Wanderungsgeschehen verknüpft sind, einhergehen. Dazu gehören beispielsweise die große Anzahl von Personen in Erstaufnahmeeinrichtungen [...]“⁴

³ https://www.lkz.de/lokales/landkreis-ludwigsburg_artikel,-erst-kommunalpolitischer-austausch-von-cdu-landeschef-hagel-und-buergermeister-bernhard-dann-folgt-_arid,814310.html

⁴ https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeiilicheKriminalstatistik/PKS2023/Polizeiiliche_Kriminalstatistik_2023/Polizeiiliche_Kriminalstatistik_2023_node.html

Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg“ (BI)

- **Mutig** wenn es zum Beispiel darum geht, in LEAen deutlich mehr Flüchtlinge als mit der Standortkommune vereinbart unterzubringen:

„Heidelberg [...] Ohne Absprache mit der Stadt baut das Land das Patrick-Henry-Village weiter aus. Um dem Zustrom von Migrant*innen Herr zu werden, greift das Land [...] weiter auf Heidelberg zurück. In der Not, auch ohne zu fragen. In der Nacht [...] auf Samstag stellten die Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr [...] über 600 neue Feldbetten [...] im Patrick-Henry-Village (PHV) auf. Samstag waren die Betten wohl schon belegt. Wie die Stadt Heidelberg mitteilt, brachte das Land allein am Wochenende 800 Flüchtlinge mit Bussen ins PHV. Und das offensichtlich, ohne die Stadtoberen darüber zu informieren! In der Notunterkunft im PHV sind derzeit rund 3.700 Menschen zur Erstaufnahme untergebracht – weit mehr als die 2.000, die zwischen Land und Stadt vereinbart waren. [...] Wissenschaftsmin[ist]erin Theresia Bauer (Grüne) hatte unlängst [...] von Heidelberg mehr Plätze für Flüchtlinge gefordert – schließlich habe PHV ja 10.000 Angehörige der US-Armee beherbergt. Diese Aussagen sorgen in Verbindung mit der Tatsache, dass die Kommunalpolitik über den kurzfristigen Ausbau des PHV auf rund 3.700 Plätze auch nur aus der Presse erfahren hat, für Verärgerung im Rathaus. Mit Blick auf die Beziehungen zur Landesregierung spricht Oberbürgermeister Eckart Würzner inzwischen offen über »ein echtes Vertrauensproblem. Das Land hat entgegen unserer Vereinbarung Zug um Zug ein Großlager mit 3.700 Menschen in Heidelberg eingerichtet. Darüber werden wir nicht offen informiert, geschweige denn in Entscheidungen eingebunden.«⁵

- **Mutig** wenn es zum Beispiel darum geht, die wahren Planungsabsichten zur Anzahl der an einem LEA-Standort unterzubringenden Personen zu verheimlichen und zu verschleiern:

„Empörung in Asperg und Tamm | Bis 2500 Geflüchtete im Schanzacker – hat das Land gelogen? [...] Demnach sollen auf dem Areal 2000 bis 2500 Geflüchtete untergebracht werden und nicht maximal 1200. Die Herausgabe der neuen Zahl ergab sich, weil die Bürgerinitiative GGLTA [...] das Offenlegen von geschwärzten Stellen in einer Untersuchung des [...] Amtes Vermögen und Bau [...] erwirkt hatte. [...] Die geschwärzten Stellen dienten unter anderem dazu, interne Einschätzungen über die Machbarkeit des Projekts vor der Öffentlichkeit zu schützen, hatte das Ministerium noch im Oktober [...] erklärt. Allerdings war auch die Zahl von 2000 bis 2500 Flüchtlingen verdeckt worden. [...] Maßlos enttäuscht sind auch die beiden Bürgermeister, Christian Eiberger in Asperg und Martin Bernhard in Tamm. »Wir sind schockiert über die plötzlich im Raum stehende Zahl von Menschen«, sagt Eiberger. Die Zahl von 1000 bis 1200 Geflüchteten habe in direkten Gesprächen mit Staatssekretär Siegfried Lorek von der CDU und Regierungspräsidentin Susanne Bay von den Grünen immer gegolten.“⁶

- **Mutig** wenn es zum Beispiel darum geht, die politischen Entscheidungsträger vor Ort einzuschüchtern, indem damit gedroht wird, Erstaufnahmeeinrichtungen ohne Zustimmung der Kommunen realisieren zu wollen:

„Ministerpräsident Kretschmann will den Bau von Flüchtlingsunterkünften notfalls auch gegen den Willen der Kommunen durchsetzen. [...] Im Streit um den Bau von Flüchtlingsunterkünften will das Land den Druck auf die Kommunen nach deutlichem Gegenwind notfalls erhöhen. Als letzte Möglichkeit müssten Einrichtungen auch gegen den Willen von Städten und Gemeinden entstehen können, kündigten Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und das Justizministerium an.“⁷

⁵ <https://www.heidelberg24.de/heidelberg/heidelberg-ob-wuerzner-fordert-landesregierung-faire-verteilung-erstaufnahme-fluechtlingen-5528669.html>

⁶ <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.empoerung-in-asperg-und-tamm-bis-2500-gefluechtete-im-schanzacker-hat-das-land-gelogen.a2bd78ba-cba4-486c-9cbb-ffb61fee7aa7.html>

⁷ <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/fluechtlingsunterkuenfte-bw-macht-druck-auf-kommunen-100.html>

Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg“ (BI)

- **Mutig** wenn es zum Beispiel darum geht, der Bevölkerung eine Bürgerbeteiligung vorzugaukeln, die diesen Namen in Wahrheit nicht verdient:

„Nach Druck von Kretschmann [...] Bürger sollen einbezogen werden – aber nicht bei Entscheidung | Die Landesregierung will bei der Errichtung eines neuen Standorts frühzeitig die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen, um die Akzeptanz zu erhöhen. Aber: »Im Rahmen der Bürgerbeteiligung wird nicht das 'Ob' einer Einrichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen, sondern das 'Wie' diskutiert«, hieß es.“⁸

- Vorstehende Liste zur **mutigen** Landesregierung ließe sich problemlos fortsetzen.

Demgegenüber reicht bei 18 von 18 individuell angefragten Kabinettsmitgliedern nun also der **Mut** nicht dafür aus, sich mit Blick auf den eigenen Wahlkreis über etwas zu äußern, das andernorts offenbar befürwortet und dort zuweilen mit enormer Rücksichtslosigkeit und Verschlagenheit durchgesetzt wird. Dieser Umstand muss nachdenklich stimmen.

In Sachen Erstaufnahmeeinrichtungen lässt sich das Verhalten der von Ministerpräsident Kretschmann geführten Landesregierung in der Gesamtschau schon längst nicht mehr wohlwollend bewerten – die Landesregierung verhält sich schon längst nicht mehr nur wie ein „Elefant im Porzellanladen“. Zutreffend ist hier vielmehr die Beschreibung, die als direkte Ansprache an die Landesregierung in unserer Pressemitteilung vom 09.11.2023 enthalten war:

- „Sie spalten die Gesellschaft dieses Landes. Sie bringen Unfrieden unter die Bürgerinnen und Bürger. Und Sie bereiten extremistischen Entwicklungen den Boden.“

Antwortverhalten von 5 Kabinettsmitgliedern

Von den 18 angefragten Mitgliedern der Landesregierung waren zumindest 5 so höflich, der BI irgendeine Reaktion zukommen zu lassen.

Die aus Sicht der BI ehrlichste Rückmeldung kam von Frau Ministerin **Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut** – die ihren Umgang mit der BI-Anfrage wenigstens klar zum Ausdruck gebracht und mitgeteilt hat, dass „[sie von einer Beantwortung des Fragebogens absehen](#)“ werde. Zum Landtagswahlkreis von Frau Dr. Hoffmeister-Kraut muss man wissen, dass sich dort mit der Stadt Meßstetten auch die frühere Zollernalb-Kaserne befindet. Darin war zunächst für mehrere Jahre eine LEA untergebracht, in späteren Jahren dann das Ankunftszentrum Ukraine. Ende Oktober 2024 wurde die Einrichtung nun geschlossen und geräumt.⁹ Dass Frau Dr. Hoffmeister-Kraut „[die Entscheidung bezüglich der Erstaufnahmeeinrichtungen voll und ganz unterstützt, die von unserer Justizministerin, Frau Marion Gentges, sowie Staatssekretär Herrn Siegfried Lorek getroffen wurde](#)“, ist vor diesem Hintergrund kaum überraschend.

Demgegenüber „den Vogel abgeschossen“ – mit der denkbar fadenscheinigsten Ausrede – hat zweifelsohne Herr Minister **Manfred Lucha**. Immerhin: Dieser hat zwar von allen Adressaten als erster Mandatsträger reagiert. Er hat uns dabei aber lediglich mitgeteilt / mitteilen lassen, dass eine Beantwortung nicht möglich sei – denn: „[Sie haben die Adresse des Landtagsabgeordneten Manne Lucha gewählt, sprechen ihn aber in seiner Funktion als Minister an.](#)“ Die BI hat daraufhin das inhaltlich identische Schriftstück nochmals an dessen Landtagsbüro versendet – freilich ohne die Anrede „Minister“. Wenig überraschend erhielten wir darauf dann keine weitere Reaktion mehr. Dieses Verhalten ist für die BI besonders enttäuschend: Denn nachdem Herr Minister Lucha sich dankenswerterweise am 16. Januar 2024 beim Neujahrsempfang der Stadt Tamm im persönlichen Gespräch mit der BI noch gesprächsbereit gezeigt hatte, wird der Dialog mit der BI diesmal nun leider verweigert.¹⁰

⁸ <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/neue-standorte-fuer-fluechtlingszentren-in-bw-im-gespraech-100.html>

⁹ <https://www.schwaebische.de/regional/zollernalb/messstetten/ankunftszentrum-ukraine-in-messstetten-schliesst-3019846>

¹⁰ https://www.lkz.de/lokales/landkreis-ludwigsburg_artikel,-lucha-lobt-den-dialog-mit-der-anti-lea-buergerinitiative-_arid,769270.html
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.auftritt-in-tamm-manfred-lucha-wirbt-fuer-geregelte-einwanderung.39a2d517-f2e1-4e3a-9b28-a03cd3d43cff.html>

Antwortverhalten der übrigen 13 Kabinettsmitglieder

Während also 5 von 18 angefragten Kabinettsmitgliedern zumindest so höflich waren, der BI irgendeine Reaktion zukommen zu lassen, haben sich die übrigen 13 Adressaten für einen ungezogenen Umgang mit der BI-Anfrage entschieden, indem sie darauf gar nicht reagiert haben.

Unter diesen 13 ist (nicht unerwartet) auch wieder einmal Ministerpräsident **Winfried Kretschmann**, der bereits seit geraumer Zeit auf unsere an ihn gerichteten Schreiben nicht mehr reagiert – der in der Öffentlichkeit aber gerne seine (in Wahrheit nicht vorhandene) Bürgernähe herausstellt. Wir erinnern in diesem Zusammenhang (i) einerseits an die mehrfachen Einladungen seitens der BI zur Teilnahme an einer öffentlichen Veranstaltung (die BI erhielt darauf stets Absagen) und (ii) andererseits an die vor diesem Hintergrund geradezu grotesk anmutenden Äußerungen seines Regierungssprechers von Januar 2024:

- „Der Ministerpräsident stelle sich »bekanntlich jeder Debatte«, ob im Parlament, bei den wöchentlichen Pressekonferenzen nach der Kabinettsitzung oder mit den Bürgerinnen und Bürgern.“¹¹

Antwortverhalten von Bundesminister Özdemir

Mit Blick auf Herrn Bundesminister **Cem Özdemir** – der ebenfalls gar nicht auf die Anfrage der BI reagiert hat – ist daran zu erinnern, dass dieser noch kurz zuvor medienwirksam in der FAZ einen vielbeachteten und nicht unumstrittenen Gastbeitrag zur Zuwanderungspolitik veröffentlicht hatte.¹² An einem direkten Dialog mit den von diesem Thema unmittelbar betroffenen Bürgerinnen und Bürgern fehlt dem Kandidaten für das Amt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten nun offenbar das Interesse. Mit dieser aus Sicht der BI enttäuschenden Einstellung stünde Herr Özdemir aber (sollte er tatsächlich in besagtes Amt gewählt werden) zumindest für Kontinuität – nachdem ja auch der gegenwärtige Amtsinhaber den Dialog zu Erstaufnahmeeinrichtungen / zur LEA Schanzacker konsequent ablehnt.

IV. Weitere Aktivitäten der BI

Die BI wird sich in den kommenden Wochen Gedanken dazu machen, wie mit den Antworten bzw. mit den ausbleibenden Antworten umzugehen ist. Möglicherweise werden wir die 18 angefragten Mitglieder der Landesregierung zu einem Vor-Ort-Termin an den Schanzacker einladen. Nach Überzeugung der BI am passendsten wäre dafür als Termin der **4. Mai** – der **Tag des heiligen St. Florian**.

¹¹ <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.wirbel-um-zur-sache-warum-kretschmann-dem-swr-einen-korb-erteilt.778936e3-425e-42d0-9db2-617f64b6c074.html>

¹² <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/cem-oezdemir-was-wir-migranten-geben-wollen-und-was-wir-fordern-muessen-110010386.html>

Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg“ (BI)

Übersicht 1: Am 5. Dezember 2024 angefragte Kabinettsmitglieder mit Landtagsmandat der CDU

	Funktion	Reaktion auf BI-Anfrage	Beantwortung Fragebogen
Blenke, Thomas	Staatssekretär im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen	Nein	Nein
Gentges, Marion	Ministerin der Justiz und für Migration	Nein	Nein
Hauk, Peter	Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	Nein	Nein
Hoffmeister-Kraut, Dr. Nicole	Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	Ja -> siehe S. 23	Nein
Kurtz, Sabine	Staatssekretärin im Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	Nein	Nein
Lorek, Siegfried	Staatssekretär im Ministerium der Justiz und für Migration	Nein	Nein
Rapp, Dr. Patrick	Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	Nein	Nein
Razavi, Nicole	Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen	Nein	Nein
Schebesta, Volker	Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	Nein	Nein

Übersicht 2: Am 5. Dezember 2024 angefragte Kabinettsmitglieder mit Landtagsmandat der Grünen

	Funktion	Reaktion auf BI-Anfrage	Beantwortung Fragebogen
Baumann, Dr. Andre	Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Nein	Nein
Boser, Sandra	Staatssekretärin im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	Ja -> siehe S. 22	Nein
Hermann, Winfried	Minister für Verkehr	Nein	Nein
Kretschmann, Winfried	Ministerpräsident	Nein	Nein
Lindlohr, Andrea	Staatssekretärin im Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen	Nein	Nein
Lucha, Manne	Minister für Soziales, Gesundheit und Integration	Ja -> siehe S. 8	Nein
Olschowski, Petra	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst	Nein	Nein
Walker, Thekla	Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Ja -> siehe S. 11	Nein
Zimmer, Elke	Staatssekretärin im Ministerium für Verkehr	Ja -> siehe S. 16	Nein

Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg“ (BI)

Übersicht 3: Am 5. Dezember 2024 angefragte weitere Mandatsträger (in alphabetischer Reihenfolge)

	Funktion	Reaktion auf BI-Anfrage	Beantwortung Fragebogen
Baron, Anton	Fraktionsvorsitzender AfD im Landtag BW	Ja -> siehe S. 12	Ja
Hagel, Manuel	Fraktionsvorsitzender CDU im Landtag BW	Ja -> siehe S. 25	Nein
Rülke, Hans-Ulrich	Fraktionsvorsitzender FDP im Landtag BW	Ja -> siehe S. 9	Ja
Schwarz, Andreas	Fraktionsvorsitzender Grüne im Landtag BW	Ja -> siehe S. 17	Nein
Stoch, Andreas	Fraktionsvorsitzender SPD im Landtag BW	Ja -> siehe S. 18	Ja
Özdemir, Cem	Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Grüne im Deutschen Bundestag	Nein	Nein

Rückmeldungen der Mandatsträger (in der Reihenfolge nach Datum des Eingangs)

Am 09.12.24 um 10:18 schrieb Manfred.Lucha@gruene.landtag-bw.de

Von: Manfred.Lucha@gruene.landtag-bw.de

Datum: 9. Dezember 2024

An: lea-tamm-asperg@gmx.com

Cc:

Betreff: AW: Bürgerinitiative GGLTA / Mögliche Standorte für eine Erstaufnahmeeinrichtung in Ihrem Wahlkreis

Sehr geehrte Damen und Herren,
haben Sie vielen Dank für Ihre Mail an Herrn Lucha. Sie haben die Adresse des Landtagsabgeordneten Manne Lucha gewählt, sprechen ihn aber in seiner Funktion als Minister an. Wir dürfen Sie deshalb bitten, sich mit Ihrem Anliegen an das Ministerium in Stuttgart zu wenden. Die E-Mail-Adresse ist poststelle@sm.bwl.de. Als Mitarbeitende des Abgeordneten können wir Ihnen keine fachliche Auskunft zu Ihrem Anliegen geben. Aus Datenschutzgründen dürfen wir Ihre Mail auch nicht ans Ministerium weiterleiten.
Vielen Dank für Ihr Verständnis,
Team Manne Lucha MdL

Gesendet: Donnerstag, 12. Dezember 2024 um 15:47

Von: Hans-Ulrich.Ruelke@fdp.landtag-bw.de

An: lea-tamm-asperg@gmx.com

Betreff: AW: Bürgerinitiative GGLTA / Mögliche Standorte für eine Erstaufnahmeeinrichtung in Ihrem Wahlkreis

Sehr geehrtes GGLTA-Team,

haben Sie vielen Dank für Ihre Nachricht und Ihre Fragen. Unten stehend in rot meine Antworten darauf.

Es grüßt Sie herzlich

Hans-Ulrich Rülke

Anlage 1: Fragenkatalog

1. Befürworten Sie das bisherige LEA-Konzept von Justizministerium / Vermögen & Bau mit 1.000 bis 2.000 Personen Regelkapazität sowie das Ziel der Schaffung von weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen im Land?

ja **nein**

2. Befürworten Sie die Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Ihrem Wahlkreis?

ja **nein**

Falls nein: warum nicht?

Das hat mehrere Gründe und es wurde auch bereits versucht, in meinem Wahlkreis eine Erstaufnahmeeinrichtung zu etablieren. Ich habe mich dagegen zur Wehr gesetzt und der Gemeinderat hat weitüberwiegend beschlossen, eine LEA nicht gutzuheißen. Mein Wahlkreis umfasst neben fünf Enzkreisgemeinden den Stadtkreis Pforzheim. Pforzheim hat aber bereits den landesweit mit Abstand höchsten Wert an Flüchtlingen (letzter Stand 6,6 % der Bevölkerung). Zudem befindet sich die einzige Abschiebehaftanstalt des Landes mitten in einem Pforzheimer Wohngebiet. Pforzheim befindet sich überdies in der Bundesspitze, was die Anzahl an Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Ausländerquote angeht. Bei der Arbeitslosigkeit wechseln sich Mannheim und Pforzheim hinsichtlich der roten Laterne regelmäßig ab. Das sind alles Fakten, die dagegen sprechen, mittels einer LEA noch mehr Flüchtlinge nach Pforzheim zu holen. Deshalb lehne ich eine Erstaufnahmeeinrichtung in meinem Wahlkreis ab.

3. Befürworten Sie die Schaffung von Erstaufnahmeeinrichtungen auch gegen den Willen der Standortkommune?

ja **nein**

Falls ja: warum?

4. Befürworten Sie die Schaffung von Erstaufnahmeeinrichtungen ohne Bürgerbeteiligung zum „Ob“ des Standorts?

ja **nein**

Falls ja: warum?

5. Haben Sie dem Justizministerium / Vermögen & Bau bereits Vorschläge unterbreitet zu in Ihrem Wahlkreis belegenen Liegenschaften für Erstaufnahmeeinrichtungen?

ja **nein**

Falls ja: welche waren dies und wann war das? Falls nein: warum nicht?

Siehe Antwort auf Frage 2

6. Werden Sie dem Justizministerium / Vermögen & Bau (ggf. weitere) Vorschläge unterbreiten zu in Ihrem Wahlkreis belegenen Liegenschaften für Erstaufnahmeeinrichtungen?

ja **nein**

Falls ja: welche werden dies sein? Falls nein: warum nicht?

Siehe Antwort auf Frage 2

7. Haben Sie sich bereits dafür eingesetzt bzw. werden Sie sich dafür einsetzen, dass das bisherige LEA-Konzept mit 1.000 bis 2.000 Personen Regelkapazität aufgegeben wird und stattdessen kleinere LEAen errichtet werden?

ja nein

Falls ja: wann war das bzw. wann wird das sein? Falls nein: warum nicht?

Wir haben der Landesregierung bislang keine administrativen Vorschläge unterbreitet, die ein eigenes LEA-Konzept beinhalten würden, da wir uns im Wesentlichen darauf konzentriert haben, darauf hinzuwirken, das Grundproblem zu adressieren: Es müssen weniger Flüchtlinge werden, die nach Baden-Württemberg kommen. Diesbezüglich haben wir mehrere Bundesratsinitiativen sowie Kurskorrekturen der Landesregierung gefordert, etwa zu Zurückweisungen an den Grenzen, zur Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer sowie zu Abschiebungen von Straftätern auch nach Afghanistan und Syrien.

Am 13.12.24 um 13:04 schrieb Thekla.Walker@gruene.landtag-bw.de

Von: Thekla.Walker@gruene.landtag-bw.de

Datum: 13. Dezember 2024

An: lea-tamm-asperg@gmx.com

Cc:

Betreff: AW: Bürgerinitiative GGLTA / Mögliche Standorte für eine Erstaufnahmeeinrichtung in Ihrem Wahlkreis


Sehr geehrte Frau Ade,
sehr geehrter Herr Walker,
sehr geehrter Herr Feucht,
sehr geehrter Herr Weiser,
sehr geehrter Herr Frey,

vielen Dank für Ihre Anfrage an Frau Walker MdL. Gerne antworte ich Ihnen im Namen von Frau Abgeordnete Walker.

Auch in Thekla Walkers Wahlkreis Böblingen wurde schon der Bau einer Erstaufnahmeeinrichtung geprüft. Der Prozess der Standortsuche in ganz Baden-Württemberg ist sehr komplex, die Anforderungen hoch und die Voraussetzungen vielfältig, im Wahlkreis Böblingen kam es dann nicht zu einer solchen Einrichtung.

Für weitere Auskünfte empfehlen wir, sich direkt an das Landes-Justizministerium zu wenden: poststelle@jum.bwl.de

Mit freundlichen Grüßen


Büroleitung und Persönliche Referentin
Thekla Walker MdL

T +49 (0)711 – 2063 6810
thekla.walker@gruene.landtag-bw.de

**Fraktion GRÜNE im Landtag
von Baden-Württemberg**
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Gesendet: Freitag, 20. Dezember 2024 um 14:47

Von: dieter.amann@afd.landtag-bw.de

An: lea-tamm-asperg@gmx.com

Betreff: Ihre Email 5.12.24, Anfrage an Fraktionschef der AfD, Anton Baron

Sehr geehrte Dame,

sehr geehrte Herren,

ich darf Sie freundlich auf die Anlage verweisen. Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Amann

Parlamentarischer Berater Innenausschuß

Parlamentarischer Berater Ständiger Ausschuß

Parlamentarischer Berater Parlamentarisches Kontrollgremium

Landtag von Baden-Württemberg

Postanschrift

AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

c/o Herrn Amann

Konrad-Adenauer-Straße 3

70173 Stuttgart

Hierzu:Email 19.12.24 , 14,57 Uhr

Sehr geehrte Frau Ade,

sehr geehrte Herren Feucht, Frei, Walker und Weiser

Herr Fraktionsvorsitzender Anton Baron bedankt sich bei Ihnen sehr für seine Berücksichtigung in dieser Frage, und lässt Ihnen herzliche Grüße ausrichten; er hat mich, als zuständigen Experten auf diesem Gebiet, gebeten, Ihnen in seinem Namen und Auftrag zu antworten, was ich sehr gerne tun möchte.

Wie Sie sich denken können – oder auch nicht, da unsere Fraktion einer Art Schweigebann in den Medien unterliegt – verfolgen und kommentieren wir den Fortgang der Dinge (nicht nur) in der Frage „LEA Tamm-Asperg“ sehr genau, und Sie haben in Ihrem Anschreiben an den Ministerpräsidenten schon die wichtigsten Punkte aufgeführt. Die Fragen beantworte ich am Schluss dieses Schreibens.

Es ist zutreffend, dass sich im Wahlkreis von Herrn Baron tatsächlich keine LEA befindet. Dies ist aber weniger der Rücksichtnahme der Landespolitik auf die AfD oder auf Herr Baron zu verdanken, als vielmehr dem Zufall geschuldet, da es „nur“ 5 LEA gibt – neben etlichen EA, wohlgemerkt, die nicht viel besser zu bewerten sind - aber viel mehr Wahlkreise.

Ob und inwieweit die Standorte der LEA´en absichtlich so gewählt wurden, dass tatsächlich kein führender Politiker in seinem Wahlkreis behelligt wird, darüber könnte man trefflich streiten. Wir neigen der Ansicht zu, dass hinter den Kulissen insoweit Rücksicht genommen wurde und wird, können es aber – dies möchte ich ausdrücklich betonen – nur spekulieren. FDP-Chef Herr Rülke aus Pforzheim jedenfalls, der zwar in der Opposition ist, aber mit den Entscheidungsträgern seit vielen Jahren gut bekannt, hat es verstanden, eine LEA Pforzheim letztendlich zu verhindern.

Wie dem auch sei: **in Gestalt der AfD gibt es nur EINE Partei und Fraktion, die nicht nur die LEA Tamm ablehnt, sondern alle, und zu deren Grundüberzeugungen seit Gründung der Partei es gehört, nicht die Symptome, sondern die Ursache zu bekämpfen.** Diese Ursache besteht seit nun bald 10 Jahren in der bedingungslosen Öffnung der deutschen Grenzen für illegale Einwanderer, Wirtschaftsflüchtlinge, Kriminelle usw. Daß **nur deswegen** überall LEA, EA und Aufnahmeeinrichtungen mit all ihren negativen Auswirkungen benötigt werden, ist eine höchst einfache Kausalität.

Aus diesem Grund bekämpfen wir – anders als viele BI´en, so auch Ihre – die massenhafte Unterbringung von Asylbewerber nicht erst dann, wenn sie uns vor die Nase gesetzt werden sollen, sondern in Verantwortung als Partei und Fraktion für das **ganze Land und alle Bürger** schon vom Ansatz her. Wir möchten keinen Damm errichten, der nicht gehalten werden kann und irgendwann das Land unter Wasser setzt, sondern die Quelle verstopfen. Insofern: können wir auch nicht alle Ihre Positionen unterstützen, das sei der Ehrlichkeit halber gesagt.

Wir lehnen die Planungen der LEA Tamm ebenso ab wie alle anderen LEA´en auch.

Ich möchte gern kurz auf die Gegenvorschläge Ihrer BI eingehen: u.E. greift der Vorschlag Ihrer BI zur Errichtung sogenannter „Mikro-LEA“ zu kurz. Denn: dies wird vor dem Hintergrund der „Flüchtlings“verwaltung nicht möglich sein. LEA´en sind immer auch der Sitz der Bundesbehörde BAMF, die über Asylanträge entscheidet. Es ist ebenso unvorstellbar wie objektiv unmöglich, dass das BAMF Außenstellen über hunderte kleiner LEA verstreut. Es wäre nur denkbar, einige wenige BAMF-Außenstellen einzurichten (wie es heute eben an 5 Standorten schon ist), zu denen dann alle Bewohner der „Mikro-LEA“ „pilgern“ müssten, anstatt sich dem Verfahren mit Unterbringung vor Ort zu unterziehen. Dies würde aber dann auch keinen Unterschied mehr machen zu den bereits bestehenden Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung in jedem

Landkreis, ja, bald in jeder Stadt. Insofern wäre eine Forderung der Abschaffung der Konzentration von Neuankömmlingen in den LEA, und statt dessen deren rein räumliche „Integration“ in die Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung, also in die Fläche, in die Kreise, wesentlich realistischer gewesen. Am jetzigen Standort hätte nur noch die Bundesbehörde ihre Sitz haben sollen.

ABER: auch dieser Vorschlag hätte das Land und die Mehrzahl seiner Bürger keinen Schritt weitergebracht. Denn gerade die Unterbringung in der Fläche ist nach unserer Meinung ein noch größeres Übel als die Konzentration auf wenige Standorte. Denn die Verteilung auf die Fläche, wie es die vorläufige Unterbringung und die daran anschließende Anschlussunterbringung heute schon vornehmen, führt zur noch größeren Verschleppung und Verstreuerung der negativen Folgen der Asylkatastrophe bis in den letzten Winkel des Landes. Ausserdem verunmöglicht sie die flächendeckende Umstellung auf Sachleistungen und erschwert bis verunmöglicht so gut wie immer die Abschiebung.

Im Gegenteil stellt nach unserer Überzeugung die Konzentration nicht nur der Erstaufnahme, sondern der gesamten Unterbringung aller Asylbewerber im laufenden Verfahren, und aller abgelehnten Asylbewerber **in ganz wenigen Zentren** (Aufnahmezentren und Abschiebezentren, so lange die Grenzen nicht geschlossen werden) das Mittel der Wahl dar. Und zwar nicht auf dem Land, **sondern in den Städten**.

Die AfD Fraktion hat – von der Öffentlichkeit unbeachtet - schon vor zwei Jahren einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der aber natürlich sofort abgelehnt wurde. Nach unseren Vorstellungen sollte das größte dieser Aufnahme- und Abschiebezentren in Stuttgart selbst errichtet werden, also am Sitz des Landtags und dort, wo jene Parteien herrschen, die in den ganzen Jahren diese Zustände sehenden Auges herbeigeführt haben und weiter vorantreiben, aber sich den Folgen weitgehend entziehen können – siehe Eingang der seltsame Zufall, keine LEA in den Wahlkreisen wichtiger Politiker vorzufinden. Des weiteren sollte in jedem Regierungsbezirk je eins dieser Zentren am Sitz der Regierungspräsidien eingerichtet werden. Auf diese Weise bekämen die Landesregierung und die Regierungspräsidien als landesunmittelbare Behörden viel besser die Folgen ihrer Politik zu spüren, und nicht nur die Bürger auf dem flachen Land, die nur als Stimmvieh geschätzt werden. So auch die Bürger in Tamm und Umgebung. In die Fläche sollten nur noch anerkannte Asylbewerber verteilt werden, die dann auf sich selber gestellt sind.

Wir halten die von Ihnen vorbrachten Einwände der (wohl humanitär gemeinten) Unzumutbarkeit großer Zentren und fehlende Integrationsmöglichkeiten nicht für stichhaltig. Denn wer – so ja die Legenden der Asylbewerber – vor Krieg, Tod, Folter und ähnlichen Greueln flieht, der müsste dankbar sein, in Sicherheit zu leben, egal ob in großen oder kleinen Unterkünften. Und integriert sollten auch nur diejenigen werden, die eine Asylenerkennung finden, alle anderen sind zur Ausreise verpflichtet und Integrationsfragen stellen sich nicht.

Auch wenn wir verstehen, dass Sie als BI Alternativen bieten müssen, anstatt nur „dagegen“ zu sein, halten wir Ihre Vorschläge gerade nicht für zielführend. Diese sachlichen Unterschiede – die möglicherweise aus unserer jahrelangen Spezialisierung auf diese Materie resultieren - hindern uns natürlich **nicht** daran, Sie unserer größten Sympathie und Hochachtung zu versichern - der Kampf David gegen Goliath war schon immer aller Ehren wert.

In der Frage der Mitbestimmung von Standortkommungen, der ergebnisoffenen Bürgerbeteiligung, der Empörung über die Bulldozer-Methoden der Landesregierung und der offenen Mißachtung Ihrer Bürgerbefragung haben Sie uns hingegen voll und ganz auf Ihrer Seite. Nachfolgend nun der Fragekatalog (wir denken nicht, dass Sie von den Regierungsparteien befriedigend Antwort bekommen...):

1. Befürworten Sie das bisherige LEA-Konzept von Justizministerium / Vermögen & Bau mit 1.000 bis 2.000 Personen Regelkapazität sowie das Ziel der Schaffung von weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen im Land?

nein

2. Befürworten Sie die Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Ihrem Wahlkreis?

nein

Falls nein: warum nicht?

LEA und alle anderen Unterkünfte sollten nur in Stuttgart und an den Standorten der übrigen Regierungspräsidien eröffnet werden; es bedarf eines grundlegend neuen Mechanismus, heraus aus der Fläche

3. Befürworten Sie die Schaffung von Erstaufnahmeeinrichtungen auch gegen den Willen der Standortkommune?

nein

4. Befürworten Sie die Schaffung von Erstaufnahmeeinrichtungen ohne Bürgerbeteiligung zum „Ob“ des Standorts?

nein

5. Haben Sie dem Justizministerium / Vermögen & Bau bereits Vorschläge unterbreitet zu in Ihrem Wahlkreis belegenen Liegenschaften für Erstaufnahmeeinrichtungen?

- entfällt -

6. Werden Sie dem Justizministerium / Vermögen & Bau (ggf. weitere) Vorschläge unterbreiten zu in Ihrem Wahlkreis belegenen Liegenschaften für Erstaufnahmeeinrichtungen?

- entfällt –

7. Haben Sie sich bereits dafür eingesetzt bzw. werden Sie sich dafür einsetzen, dass das bisherige LEA-Konzept mit 1.000 bis 2.000 Personen Regelkapazität aufgegeben wird und stattdessen kleinere LEAen errichtet werden?

nein, im Gegenteil: nur für Anerkannte soll es Unterkünfte auf dem Land geben, die Masse der übrigen Asylbewerber soll nach einer Art Verursacherprinzip an den Städten konzentriert werden, um Probleme der Sachleistungen, der Kriminalität, der Abschiebung usw. zu minimieren und die verbleibenden Probleme dort zu akkumulieren, wo die Verursacher ihren Sitz haben. Weitere Begründung siehe oben.

Mit freundlichen Grüßen

Amann

Am 08.01.25 um 11:31 schrieb Elke.Zimmer@gruene.landtag-bw.de

Von: Elke.Zimmer@gruene.landtag-bw.de

Datum: 8. Januar 2025

An: lea-tamm-asperg@gmx.com

Cc:

Betreff: AW: Bürgerinitiative GGLTA / Mögliche Standorte für eine Erstaufnahmeeinrichtung in Ihrem Wahlkreis

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Mail haben wir erhalten. Im Namen von Frau Zimmer darf ich Ihnen hiermit kurz antworten. In den vergangenen Jahren wurden eine Reihe möglicher Standorten für Erstaufnahmestellen in ganz Baden-Württemberg geprüft. Die Anforderungen an die Größe und die Infrastruktur für solch eine Einrichtung sind sehr hoch. Darum kommen viele geprüfte Standorte im Land am Ende aus rechtlichen und logistischen Gründen nicht in Frage. Für weitere Fragen zu potentiellen Standorten für Landeserstaufnahmeeinrichtungen wenden Sie sich bitte direkt an das zuständige Ministerium.

Abschließend weisen wir gerne darauf hin, dass sich Frau Zimmer schon seit vielen Jahren für die bereits bestehende Landeserstaufnahmestelle in ihrem Wahlkreis einsetzt und sich schon früh für einen Neubau in ihrem Wahlkreis starkgemacht hat.

Mit freundlichen Grüßen



Büroleiterin/Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Elke Zimmer MdL

Kaiserring 38
68167 Mannheim
Tel: 0621/12807302
Elkezimmer.de

Am 08.01.25 um 12:35 schrieb Andreas.Schwarz.MA1@gruene.landtag-bw.de

Von: Andreas.Schwarz.MA1@gruene.landtag-bw.de

Datum: 8. Januar 2025

An: lea-tamm-asperg@gmx.com

Cc:

Betreff: WG: Bürgerinitiative GGLTA / Mögliche Standorte für eine Erstaufnahmeeinrichtung in Ihrem Wahlkreis

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage an Herrn Fraktionsvorsitzenden Andreas Schwarz MdL und weitere Abgeordnete der Grünen Landtagsfraktion. Herr Schwarz hat mich gebeten, Ihnen zu antworten. Dem komme ich gerne nach.

Wir haben für Ihr Anliegen Verständnis. Gestiegene Flüchtlingszahlen stellen unser Gemeinwesen vor große Herausforderungen. Unsere Städte und Gemeinden setzen sich mit voller Kraft für eine gelungene Integration und gute Unterbringung von Geflüchteten ein. Die Unterbringungsmöglichkeiten sind allerdings begrenzt. Daher benötigen wir mehr Erstaufnahmeeinrichtungen und mehr Unterbringungsplätze im Land, um die Kommunen zu entlasten.

Eine Politik aus Humanität und Ordnung ist dabei unsere Leitschnur. Humanität heißt für uns, wer in Not ist und vor Krieg und Verfolgung flieht, der soll hier ein Dach über dem Kopf erhalten können. Wer hier kein Bleiberecht erhält, der muss zurück in sein Heimatland.

Unabhängig davon, sind unsere Unternehmen auf qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen.

Für die Planungen von Erstaufnahmeeinrichtungen und die Suche nach geeigneten Standorten ist das Justizministerium zuständig. Das Justizministerium untersucht alle potentiell geeigneten Standort im Land. Auch in der Region Stuttgart oder im Landkreis Esslingen. Dazu hat es die jeweiligen Regierungspräsidien beauftragt. Somit führen sie im Auftrag des Landes die Standortprüfungen durch.

Mit freundlichen Grüßen





Persönliche Referentin des Fraktionsvorsitzenden

T +49 (0)711 - 2063 **6761 Achtung: Neue Durchwahlnummer!**

**Fraktion GRÜNE im Landtag
von Baden-Württemberg**

Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Gesendet: Donnerstag, 9. Januar 2025 um 09:16

Von: Andreas.Stoch@spd.landtag-bw.de

An: lea-tamm-asperg@gmx.com

Betreff: AW: Bürgerinitiative GGLTA / Mögliche Standorte für eine Erstaufnahmeeinrichtung in Ihrem Wahlkreis

Sehr geehrtes GGLTA-Team,

im Anhang finden Sie die Antworten von Fraktionsvorsitzendem Stoch.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

██████████

Büroleiter des Fraktionsvorsitzenden



Telefon: 0711 2063-7048

██████████

Postanschrift

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Besucheranschrift

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
Haus der Abgeordneten am Schlossplatz
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart



SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3 | 70173 Stuttgart

Andreas Stoch MdL
Fraktionsvorsitzender
Telefon: +49 (0) 711 2063-7360
E-Mail: andreas.stoch@spd.landtag-bw.de

9. Januar 2025

Ihr Fragenkatalog

Sehr geehrte Damen und Herren,

hier finden Sie meine Antworten:

1. Befürworten Sie das bisherige LEA-Konzept von Justizministerium / Vermögen & Bau mit 1.000 bis 2.000 Personen Regelkapazität sowie das Ziel der Schaffung von weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen im Land?

Nein. Die Standortkonzeption von 2016 ist veraltet und muss grundsätzlich erneuert werden. Das Land muss transparent und zuverlässig handeln, um die Akzeptanz von LEAs vor Ort zu erreichen und Standortkonflikte zu vermeiden. Durch die Schaffung zusätzlicher LEAs kann unterschiedlichen Bedarfen geflüchteter Menschen, insbesondere derjenigen mit besonderem Schutzbedarf, flexibler und wirksamer begegnet werden. Massenunterkünfte sollen vermieden werden. Vielmehr sollen schon in LEAs Wohngruppenkonzepte etabliert werden. In Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sollen Vorabverfahren etabliert werden, durch die schon nach kurzer Zeit und unter vollständiger Beachtung aller rechtsstaatlichen Grundsätze eine erste rechtliche Einschätzung der Erfolgsaussichten individueller Asylbegehren durch das BAMF abgegeben und an die Landesbehörden weitergegeben werden kann. Die Vorabverfahren sollen reguläre Asylverfahren und insbesondere die individuelle Prüfung des Asylanspruchs nicht ersetzen, sondern dafür sorgen, dass Menschen und Behörden Handlungsmöglichkeiten im konkreten Fall frühzeitig klarwerden. Ziel soll sein, Menschen mit im Vorabverfahren negativen Erfolgsaussichten frühzeitig Alternativen durch enge Beratung aufzuzeigen, durch die auch das Phänomen der Kettenduldung vermieden wird. Menschen, deren Asylbegehren auf Grundlage des Vorabverfahrens nur geringe Aussicht auf Erfolg beigemessen wird, sollen regelmäßig bis zum Abschluss des Asylverfahrens und der gegebenenfalls zu vollzie-

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Postanschrift
SPD-Landtagsfraktion BW
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Besucherschrift
Haus der Abgeordneten am Schlossplatz
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart

Kontakt
Telefon: +49 (0)711 2063-7190
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
Web: www.spd-landtag-bw.de

Bankverbindung
BW-Bank
IBAN: DE21 6005 0101 0002 7434 20
BIC: SOLADEST600



henden Ausreisepflicht nicht in die kommunale Unterbringung überführt werden. Dies betrifft insbesondere auch Menschen aus Herkunftsstaaten mit einer Schutzquote von unter 5%). Dies betraf im Jahr 2022 ca. 3.800 der insgesamt 25.562 in Baden-Württemberg gestellten Erstanträge. Die Pufferfunktion der LEAs, die eine wichtige Entlastung für die Kommunen darstellt, muss gestärkt werden.

2. Befürworten Sie die Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Ihrem Wahlkreis?

Grundsätzlich stehe ich einer Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung in meinem Wahlkreis nicht entgegen. Es kommt allerdings darauf an, dass die Landesregierung ein tragfähiges Gesamtkonzept entwickelt und mit Blick auf Beteiligungsformate auch vor Ort eine entsprechende Akzeptanz schafft. Wir als SPD-Landtagsfraktion und die Abgeordneten der SPD werden vor Ort tragfähige Konzepte unterstützen, jedoch bei wie derzeit fehlender Gesamtkonzeption die notwendige Kritik formulieren.

3. Befürworten Sie die Schaffung von Erstaufnahmeeinrichtungen auch gegen den Willen der Standortkommune?

Das Land muss transparent und zuverlässig handeln, um die Akzeptanz von LEAs vor Ort zu erreichen und Standortkonflikte zu vermeiden. Dazu braucht es auch eine offene Kommunikations- und Beteiligungskultur von Anfang an. Es muss einerseits eine umfassende, grundlegend neue Standortkonzeption zu LEAs entwickelt werden und es bedarf der Durchführung fester und verlässlicher Beteiligungsverfahren auf kommunaler Ebene für die Schaffung von LEAs und anschließend einer zügigen Entscheidung.

4. Befürworten Sie die Schaffung von Erstaufnahmeeinrichtungen ohne Bürgerbeteiligung zum „Ob“ des Standorts?

Nein.

5. Haben Sie dem Justizministerium / Vermögen & Bau bereits Vorschläge unterbreitet zu in Ihrem Wahlkreis belegenen Liegenschaften für Erstaufnahmeeinrichtungen?

Nein. Die Ausarbeitung einer umfassenden und grundlegend neuen Standortkonzeption ist zentrale Aufgabe der Landesregierung, der hierzu umfassende Kapazitäten in den Ministerien sowie der Landesverwaltung zur Verfügung stehen.

6. Werden Sie dem Justizministerium / Vermögen & Bau (ggf. weitere) Vorschläge unterbreiten zu in Ihrem Wahlkreis belegenen Liegenschaften für Erstaufnahmeeinrichtungen?

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Postanschrift
SPD Landtagsfraktion BW
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Besucherschrift
Haus der Abgeordneten am Schlossplatz
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart

Kontakt
Telefon: +49 (0)711 2063-7190
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
Web: www.spd-landtag-bw.de

Bankverbindung
BW-Bank
IBAN: DE21 6005 0101 0002 7434 20
BIC: SOLAEST600



Nein. Die Ausarbeitung einer umfassenden und grundlegend neuen Standortkonzeption ist zentrale Aufgabe der Landesregierung, der hierzu umfassende Kapazitäten in den Ministerien sowie der Landesverwaltung zur Verfügung stehen.

7. Haben Sie sich bereits dafür eingesetzt bzw. werden Sie sich dafür einsetzen, dass das bisherige LEA-Konzept mit 1.000 bis 2.000 Personen Regelkapazität aufgegeben wird und stattdessen kleinere LEAen errichtet werden?

Ja, bereits im September 2023 haben wir als SPD-Landtagsfraktion ein umfangreiches Positionspapier zu einer besseren Asyl- und Geflüchtetenpolitik beschlossen, in dem wir uns insbesondere gegen Massenunterkünfte und für eine umfassende und grundlegend neue Standortkonzeption der Landeserstaufnahmeeinrichtungen ausgesprochen haben. Dieses Positionspapier habe ich Ihnen im Anhang auch angefügt.



SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Postanschrift

SPD-Landtagsfraktion BW
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Besucheranschrift

Haus der Abgeordneten am Schlossplatz
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart

Kontakt

Telefon: +49 (0)711 2063-7190
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
Web: www.spd-landtag-bw.de

Bankverbindung

BW-Bank
IBAN: DE21 6005 0101 0002 7434 20
BIC: SOLAEST600

Gesendet: Donnerstag, 9. Januar 2025 um 11:56

Von: Sandra.Boser@gruene.landtag-bw.de

An: lea-tamm-asperg@gmx.com

Betreff: Antwort zu Ihrer Anfrage

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage an Frau Staatssekretärin Sandra Boser MdL, die ich im Auftrag gerne wie folgt beantworte:

Ihr Anliegen ist für uns nachvollziehbar. Die Unterbringung von Geflüchteten ist für Land und Kommunen aufgrund der begrenzten Unterbringungsmöglichkeiten eine große Herausforderung. Um Kommunen zu entlasten und eine gelungene Integration gewährleisten zu können, benötigen wir mehr Erstaufnahmeeinrichtungen sowie mehr Unterbringungsplätze im Land. Dafür arbeiten unsere Städte und Kommunen mit großem Einsatz.

Das Justizministerium befasst sich mit der Planung von Erstaufnahmeeinrichtungen und der Suche nach geeigneten Standorten. Die jeweiligen Regierungspräsidien sind im Auftrag des Landes für die Standortprüfung zuständig. Alle potentielle Standorte, wie beispielsweise im Landkreis Esslingen, in der Region Stuttgart sowie Ludwigsburg, werden sorgfältig und gewissenhaft auf ihre Eignung geprüft.

Auch angesichts gestiegener Flüchtlingszahlen bewahren wir unsere Leitlinien der Humanität und Ordnung: Wer in Not und zur Flucht gezwungen ist, wird hier eine Unterbringung erhalten können. Sind die Kriterien für das Bleiberecht nicht erfüllt, folgt die Rückkehr ins Heimatland.

Mit freundlichen Grüßen



Persönliche Mitarbeiterin Sandra Boser MdL

SANDRA BOSER MdL

Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart
Tel. +49 711 2063-6500

Wahlkreisbüro Lahr

Marktstraße 12
77933 Lahr
Tel. +49 7821 993 48 77

Von: Nicole.Hoffmeister-Kraut.MA1@cdu.landtag-bw.de

Datum: 5. Februar 2025

An: lea-tamm-asperg@gmx.com

Cc:

Betreff: AW: AW: Bürgerinitiative GGLTA / Mögliche Standorte für eine Erstaufnahmeeinrichtung in Ihrem Wahlkreis

Sehr geehrtes GGLTA-Team,

die Entscheidung, an welchen Standorten eine Erstaufnahmestelle eingerichtet wird, ist hiermit gemeint.

Bei weiteren Fragen können Sie sich gerne und jederzeit melden.

Herzliche Grüße

■■■■■■■■■■
Büroleiterin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL

Landtag von Baden-Württemberg

Haus des Landtags

Konrad-Adenauer-Str. 3

70173 Stuttgart

Tel.: +49 711/2063-8461

Fax: +49 711/2063-148460

Wahlkreisbüro

Bahnhofstr. 22

72336 Balingen

Tel.: + 49 7433/91866

Fax: +49 7433/91867

Von: lea-tamm-asperg@gmx.com <lea-tamm-asperg@gmx.com>

Gesendet: Dienstag, 28. Januar 2025 07:44

An: ■■■■■■■■■■ <Nicole.Hoffmeister-Kraut.MA1@cdu.landtag-bw.de>

Betreff: Aw: AW: Bürgerinitiative GGLTA / Mögliche Standorte für eine Erstaufnahmeeinrichtung in Ihrem Wahlkreis

Sehr geehrte Frau ■■■■■■■■■■

haben Sie vielen Dank für Ihre Nachricht. Dazu eine kurze Rückfrage – nur damit wir die Antwort inhaltlich nachvollziehen können: Welche „Entscheidung [...], die [...] getroffen wurde“ ist hier genau gemeint...?

Mit freundlichen Grüßen

Ihr GGLTA-Team

(Beate Ade, Thomas Walker, Albrecht Feucht, Andreas Weiser, Thomas Frey)

Gesendet: Freitag, 17. Januar 2025 um 10:40

Von: Nicole.Hoffmeister-Kraut.MA1@cdu.landtag-bw.de

An: lea-tamm-asperg@gmx.com

Betreff: AW: Bürgerinitiative GGLTA / Mögliche Standorte für eine Erstaufnahmeeinrichtung in Ihrem Wahlkreis

Sehr geehrtes GGLTA-Team,

herzlichen Dank für Ihre Nachricht.

Gerne möchte ich Ihnen mitteilen, dass Frau Dr. Hoffmeister-Kraut die Entscheidung bezüglich der Erstaufnahmeeinrichtungen voll und ganz unterstützt, die von unserer Justizministerin, Frau Marion Gentges, sowie Staatssekretär Herrn Siegfried Lorek getroffen wurde. Aus diesem Grund wird sie von einer Beantwortung des Fragebogens absehen.

Herzliche Grüße und ein schönes Wochenende

██████████

Büroleiterin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL

Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart
Tel.: +49 711/2063-8461
Fax: +49 711/2063-148460

Wahlkreisbüro
Bahnhofstr. 22
72336 Balingen
Tel.: + 49 7433/91866
Fax: +49 7433/91867

Am 10.02.25 um 19:54 schrieb [REDACTED]

Von: [REDACTED]

Datum: 10. Februar 2025

An: lea-tamm-asperg@gmx.com

Cc:

Betreff: AW: Bürgerinitiative GGLTA / Mögliche Standorte für eine Erst-
aufnahmeeinrichtung in Ihrem Wahlkreis

Sehr geehrte Frau Ade,
sehr geehrte Herren,

anbei darf ich Ihnen im Auftrag von Herrn Fraktionsvorsitzenden Manuel Hagel MdL anlie-
gendes Antwortschreiben zusenden.

Freundliche Grüße

[REDACTED]
Büroleiter des Fraktionsvorsitzenden

CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Str. 12

70173 Stuttgart



Manuel Hagel MdL
Fraktionsvorsitzender

CDU-Landtagsfraktion · Konrad-Adenauer-Straße 12 · 70173 Stuttgart

Bürgerinitiative GGLTA

nur per Mail an:

Lea-Tamm-Asperg@gmx.com

Stuttgart, 10. Februar 2025

Ihr Schreiben vom 5. Dezember 2024 – Fragen zu geplanten LEA Standorten

Sehr geehrte Frau Ade,

Sehr geehrte Herren,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 5. Dezember 2024, mit welchem Sie erneut auf die Arbeit der Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg (GGLTA)“ im Kreis Ludwigsburg aufmerksam machen. Ihr Anschreiben verbinden Sie mit einem Katalog an Fragen an einzelne Persönlichkeiten der Landespolitik. In Ergänzung zu unserem kürzlich geführten sehr offenen und vertrauensvollen Gespräch im Januar 2025 gehe ich gerne darauf ein.

Auch wenn der Zustrom geflüchteter Menschen derzeit auf hohem Niveau stagniert, kommen täglich viele hundert Menschen in Deutschland und Baden-Württemberg an. Menschen, die Schutz suchen vor Krieg, Folter oder Vertreibung im Heimatland. Dazu kommen die Personen, die in den letzten Jahren aus eben jenen Gründen nach Deutschland kamen und sich derzeit bereits in der kommunalen Unterbringung befinden. Für diese Menschen, die im Heimatland oft Schreckliches erlebt haben, haben wir als Christdemokraten, aber auch als Mitmenschen eine gemeinsame Verantwortung; der Bedarf ist auch weiterhin immens.

Baden-Württemberg kommt dieser Verantwortung auf allen Ebenen nach: das Land, indem es die rechtlichen und finanziellen Grundlagen bereitstellt; die Kommunen, indem die nötigen



CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Tel. 0711 2063-8001
E-Mail manuel.hagel@cdu.landtag-bw.de
Web www.cdufraktion-bw.de

Maßnahmen organisatorischer und baulicher Art getroffen werden sowie die Bevölkerung, die tatkräftig mit anpackt und teilweise eigene Bedürfnisse hinten an stellt.

Das Justizministerium hat in den letzten Jahren die Konzeption zur Unterbringung geflüchteter Menschen im Land aufgrund des bestehenden Bedarfes analysiert und angepasst. Selbstredend waren die Regierungsfractionen in diesen Prozess eingebunden. Entstanden ist ein tragfähiges Gerüst für die Unterbringung von Geflüchteten im Land.

Natürlich stellt eine solche Konzeption nur den Unterbau dar, an dem sich die Beteiligten orientieren können. Bei der Planung und Umsetzung einer Einrichtung vor Ort müssen darüber hinaus ohne Zweifel auch weitere Fragen und Probleme einbezogen werden. Denn es wird nicht verkannt, dass eine Flüchtlingsunterbringung für die betroffene Kommune in vielerlei Hinsicht auch eine Belastung und Bewährungsprobe sein kann. Vorbehalte gegen Neuerungen sind dabei verständlich, die Sorge vor Veränderung ebenfalls. Entsprechende Faktoren werden jedoch im Einzelfall umfassend geprüft und abgewogen. Gerade aufgrund dieses Spannungsverhältnisses war es uns als CDU-Landtagsfraktion von Anfang an ein großes Anliegen, dass eine LEA nicht gegen den Willen der betroffenen Kommune errichtet werden darf. Entsprechende Änderungen des Konzeptes haben wir durchgesetzt. Dennoch kann das System nicht ohne ein Entgegenkommen, ohne gewisse Kompromisse auf beiden Seiten funktionieren. Dafür ist der ständige Dialog zwischen Land, Kommunen und allen Beteiligten unerlässlich.

Weiterhin steht und fällt die Umsetzung der LEA Konzeption mit den zur Verfügung stehenden räumlichen Kapazitäten. Die Suche hiernach ist häufig geprägt von Bedenken und Protesten aus jedweder Richtung. Aus diesem Grunde ist es aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion unabdingbar, dass die relevanten Player vor Ort in den Prozess frühzeitig eingebunden werden. Denn es ist dringend notwendig, neue Standorte zu finden und in die Kommunen zu integrieren. Die Größe der jeweiligen Einrichtung orientiert sich dabei selbstredend am tatsächlichen Bedarf im Land. Im Zuge der Neukonzeption wurde daher auch das sogenannte LEA-Privileg der Kommunen angepasst. Grundgedanke ist der Konsens, dass eine Kommune, die eine LEA betreibt, in der Fläche entsprechend weniger Personen aufnehmen muss, was langfristig zu einer gerechteren Verteilung im Land führt.

Selbstverständlich unterstützt die CDU-Landtagsfraktion das Justizministerium im Rahmen der Möglichkeiten bei der Suche und Einrichtung neuer Standorte. Dass dies nicht immer einfach

ist, liegt nicht nur an den Vorbehalten vor Ort, sondern an der Ressourcenknappheit insgesamt. Nur durch ein Zusammenwirken aller Beteiligten wird dies auch in Zukunft händelbar bleiben.

Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich ebenso wie die Unions-Bundestagsfraktion für eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik ein und fordert eine effektive Begrenzung, Ordnung und Steuerung der Zuwanderung, auch durch entsprechende Bundesratsinitiativen. Unser Staat muss sich stärker gegen illegale Migration stellen. Im Kern geht es darum, der illegalen Einreise nach Deutschland durch Grenzkontrollen einen wirksamen Riegel vorzuschieben und ausreisepflichtige Asylbewerber abzuschieben. Wenn uns das gelingt, entlasten wir die Kommunen vor Ort enorm – sei es beim Thema Unterbringung, bei der Kinderbetreuung oder auf dem Wohnungsmarkt. Diesen Prozess werden wir, auch im Interesse des Landes Baden-Württemberg, weiterhin verfolgen und uns wo immer möglich für eine zielgerichtete Migrationspolitik insgesamt einsetzen.

Freundliche Grüße



Manuel Hagel MdL
Fraktionsvorsitzender